

**Der Think Tank „DialogGesellschaft“**  
Impulse für die neue Bundesregierung

## Infrastruktur im Tempo der Zukunft: Beteiligen, Digitalisieren, Entbürokratisieren

### Präambel

In den vergangenen Jahren sind auf gesetzlicher Ebene bereits wichtige Schritte unternommen worden, um den Erhalt, die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur in Deutschland zu beschleunigen. Dennoch dauern Planungs- und Genehmigungsverfahren noch immer zu lange. Der über Jahrzehnte entstandene Rückstand beim Erhalt und bei der Weiterentwicklung der Infrastruktur – sei es bei Straßen, Schienen, Energienetzen oder Wohnungsbau – kann so kaum noch aufgeholt werden. Viele dringend notwendige Projekte verzögern sich über Jahre, was die Wohnungsnot verschärft, die Energiewende sowie die Verkehrswende ausbremst und am Ende den Wirtschaftsstandort Deutschland schwächt.

Als Zusammenschluss von Vorhabenträgern und Unternehmen aus dem Infrastrukturbereich möchte die DialogGesellschaft konstruktive Vorschläge unterbreiten, wie Vorhaben im Bereich Infrastruktur effizienter gestaltet werden können, ohne dabei demokratische Beteiligungsprozesse zu vernachlässigen.

### 1. Beschleunigung durch Digitalisierung

**Die Digitalisierung bietet erhebliches Potenzial, Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter zu beschleunigen. Es ist an der Zeit, diese Potenziale zu nutzen.**

- Zentrale digitale Plattform: Einrichtung eines bundesweiten Portals für alle Infrastrukturvorhaben, das sämtliche Verfahrensschritte digital abbildet und für alle Beteiligten transparent macht.
- Planungsdaten digital teilen: Bereitstellung digitaler, öffentlich verfügbarer Umwelt- und anderer Daten (z. B. Raumordnungs- und Flächennutzungsvorgaben) für Vorhabenträger, um Planungsschritte (Flächenfindung, Trassenprüfung, Variantenentwicklung etc.) zu verkürzen, teure und zeitaufwändige Doppelkartierungen zu vermeiden und den Aufwand für die behördliche Prüfung von Unterlagen zu verringern.
- Digitale Antragsstellung und -bearbeitung: Vollständige Digitalisierung der Antragsunterlagen und Implementierung automatisierter Vollständigkeitsprüfungen, um Nachforderungen zu reduzieren sowie Standardisierung von Prozessen durch Legal-Tech-Verfahren zum Beispiel bei der Beantwortung von Einwänden.

- Digitale Behördenbeteiligung: Gleichzeitige statt sequenzielle Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durch ein digitales System mit automatisierten Erinnerungen und klaren Fristen.
- Einsatz von KI: Einsatz Künstlicher Intelligenz zur Vorprüfung von Unterlagen und zur Identifizierung möglicher Konflikte, um frühzeitig Lösungswege aufzeigen zu können.

## 2. Entbürokratisierung vorantreiben

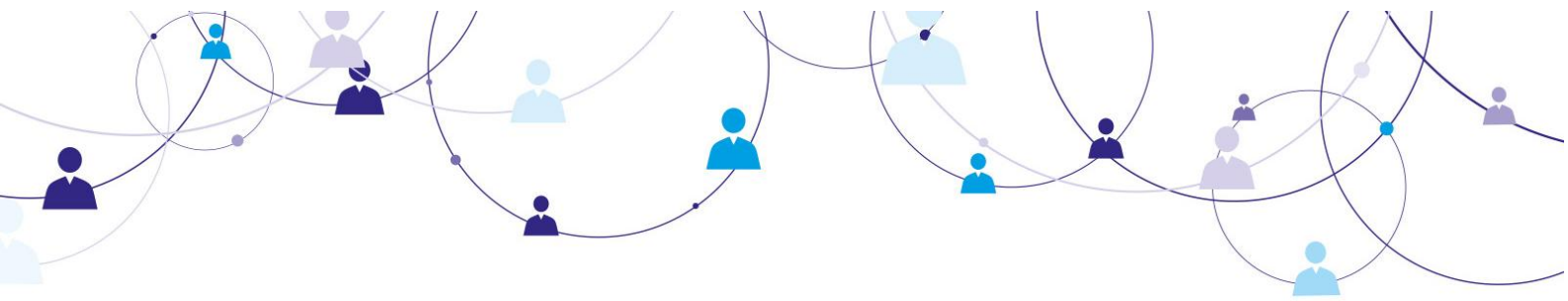
**Um Ressourcen und Kapazitäten zu entlasten und die Rahmenbedingungen für eine effiziente, digitale und handlungsfähige Verwaltung zu verbessern, sollten weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung umgesetzt werden.**

- Beschlossene Regelungen umsetzen: Mehr Konsequenz in der Umsetzung der bereits verabschiedeten, gesetzlichen Regelungen für eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse und eine Verschlankung administrativer Prozesse.
- Behördliche One-Stop-Shops: Etablierung zentraler Ansprechpartner für Vorhabenträger, die behördenintern die Koordination übernehmen.
- Stichtagsregelungen einführen: Änderungen der Sach- und Rechtslage, die an einem festgelegten Stichtag nach Stellung des Genehmigungsantrags für laufende Vorhaben einsetzen, im Verfahren unberücksichtigt lassen
- Personelle Stärkung der Genehmigungsbehörden: Gezielte Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte in Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen.
- Keine übermäßige Formalisierung: Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung braucht einen klaren Rahmen, jedoch keine streng formalisierten Vorgaben, so dass Raum für individuelle Lösungen besteht, mit denen Vorhabenträger auf örtliche Besonderheiten und spezielle Charakteristika ihres Projekts eingehen zu können.
- Vereinheitlichung von Vorgaben: Umsetzungsbezogene Vorschriften für Planung und Genehmigung sowie Vorgaben und Leitlinien zur Beteiligung bundesweit harmonisieren – auch als Beitrag zum Erwartungsmanagement auf Seiten der Bürger:innen.

## 3. Beteiligung würdigen

**Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung ist ein Qualitätsmerkmal erfolgreicher Infrastrukturprojekte. Damit frühe Öffentlichkeitsbeteiligung beschleunigend wirken kann, muss ihr Stellenwert in der Entscheidungsfindung zu Vorhaben ausgebaut und deutlicher gemacht werden.**

- Beteiligung in Wert setzen: Ergebnisse der frühen bzw. informellen Öffentlichkeitsbeteiligung in Planung und Genehmigung als formell und inhaltlich relevante Verfahrensschritte anerkennen, ohne neue und bürokratische Sorgfaltspflichten hinzuzufügen, zum Beispiel Verzicht auf (nicht bindende) Raumverträglichkeitsprüfungen, wenn zuvor mit Öffentlichkeitsbeteiligungen Trassenalternativen von Verkehrswegen geprüft wurden.



- **Transparente Berücksichtigung:** Nachvollziehbare Dokumentation, wie Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in Entscheidungsprozesse einfließen, um Vertrauen zu stärken.
- **Änderungsverfahren verschlanken:** Bei Änderungen während des Planfeststellungsverfahrens erneutes Beteiligungsverfahren ausschließlich auf Änderungen beschränken und Fristen kürzen.
- **Finanzierung von Beteiligung:** Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung als Leistungsbaustein öffentlicher Ausschreibungen fest vorsehen und im Rahmen von Projektbudgets mitfinanzieren sowie
- **Klare politische Rückendeckung:** Vorhabenträger bei der Abwägung zwischen schneller Projektrealisierung und umfassender früher Öffentlichkeitsbeteiligung nach außen wahrnehmbar unterstützen.

Wir sind überzeugt, dass die Umsetzung dieser Vorschläge zu einer deutlichen Beschleunigung der Infrastrukturentwicklung in Deutschland führen wird, ohne dabei Qualitätsstandards oder demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten zu vernachlässigen.

Der ThinkTank DialogGesellschaft steht für einen weiteren Austausch gerne zur Verfügung.